

Hilflose Helfer

Warum es Amnesty International so schwer fällt, sich entschiedener für das Leben der zum Tode verurteilten Debbie Milke einzusetzen

Von THOMAS SCHULER

BERLIN, im August. Es ist ein schwüler Sommerabend in Berlin, die Luft im Raum 213 der Berliner Humboldt-Universität ist stickig und heiß. Renate Janka steht auf, sie geht zwei kleine Schritte nach rechts zum Rednerpult und spricht ins Mikrofon. Sie wirkt gefasst, als sie von ihrer Tochter Debra Jean Milke zu erzählen beginnt, die sie nur "Debbie" nennt. Sie spricht von der trockenen Hitze in der kleinen Gefängniszelle am Rande der Wüste in Arizona, dem halbstündigen Telefongespräch, das sie einmal im Monat mit ihr führen darf.

Die Mutter blickt nicht in die Fernsehkamera im Saal, sie spricht das Wort "Todesstrafe" so routiniert aus, wie es zuvor ein Jurist der Universität und die Vertreter von Amnesty International getan haben. Selbst den Hinweis, dass ihre zum Tod verurteilte Tochter nur noch sechs, höchstens acht Monate Zeit hat, gibt sie

scheinbar emotionslos. Sechs bis acht Monate bleiben ihr, um das Leben ihrer Tochter zu retten. Oder doch wenigstens ein neues Verfahren zu bekommen, um all das, was vor fast zehn Jahren wie in einem bösen Traum falsch gelaufen ist, aufzuklären.

Keine Weisung aus London

Nur das nervöse Spiel mit dem Ring, die etwas verkrampfte Haltung ihrer Hände am Rednerpult, verraten die Anspannung der Renate Janka. Über eine halbe Stunde hat sie die Ausführungen zur Geschichte der Todesstrafe und die monoton vorgetragenen Statistiken der Amnesty-Vertreter angehört. Doch jetzt am Rednerpult will sie ihre Enttäuschung über diese Veranstaltung nicht offen zeigen. Den Hinweis, die Berliner Sektion von Amnesty müsse sich doch besonders um diesen Fall kümmern, weil Debbie Milke in Berlin geboren wurde, den überlässt Renate Janka einer ihrer Bekannten im Publikum.

Als noch ein Zuhörer auf die Passivität von Amnesty International in diesem Fall zu sprechen kommt, sagt Renate Janka zunächst: "Ich will niemanden persönlich angreifen." Doch dann bricht der angestaute Frust aus ihr heraus: Das Vortragen von Statistiken und die Selbstdarstellung von Amnesty International helfe ihr nicht, sagt sie. Zwar prangere Amnesty derzeit

in einer großen Kampagne die Mängel des amerikanischen Justizsystems an. "Aber was nützt es, nur zu appellieren mit wunderschönen Reden, wenn faktisch nichts getan wird?" Sibylle Groß fühlt sich angegriffen in diesem Moment. Sie ist die Sprecherin der Berliner Sektion von Amnesty International, und jetzt geht sie wieder ans Mikrofon. Man habe nur zwei Leute hier in Berlin, die speziell gegen die Todesstrafe arbeiten, erklärt sie dem Publikum. Dann spricht sie von der rückläufigen Mitgliederzahl bei Amnesty, der schwindenden Spendenfreudigkeit und der großen Zahl der Hinrichtungen in den USA. "Das alles muss man wissen, bevor man Amnesty anklagt, im einzelnen Fall nichts zu tun", sagt Sibylle Groß.

Später, gut drei Wochen nach dem Abend in der Humboldt-Universität, ist einer ihrer Kollegen noch deutlicher geworden. Für konkrete Aktionen fehle der Auftrag der Amnesty-Zentrale in London, erklärt Martin Reiner. Dort werde bestimmt, in welchen Fällen Tausende von Amnesty-Mitgliedern protestieren sollen. Und solange London keine Informationen über Debbie Milke weiterreiche, könne man nichts forcieren. "Ich bin leider nicht in der Position, etwas für Debbie Milke zu unternehmen", sagt Reiner. "Aber wenn ein Termin für die Hinrichtung ansteht, dann kann ich mir gut vorstellen, dass Amnesty eine Protest-Aktion machen wird."

Suche nach Indizien

Renate Janka erlebt im Hörsaal der Humboldt-Universität Ähnliches wie bei einer ersten Veranstaltung im Winter im "Haus der Demokratie". Sie bittet um konkrete Hilfe, die Betreuung eines Spendenkontos und internationalen Druck auf den Staat Arizona; die Berliner Vertreter der weltweit einflussreichsten Menschenrechtsorganisation jedoch reden von den Tausenden Todeskandidaten, für die sie sich in aller Welt einsetzen. Sechs bis acht Monate also. Die etwa 80 Zuhörer im Hörsaal sind sehr still, als ihnen ein Video gezeigt wird, das sie nach Phoenix in den amerikanischen Bundesstaat Arizona führt.

Dorthin, wo im Dezember des Jahres 1989 Debbie Milkes vierjähriger Sohn Christopher mit drei gezielten Kopfschüssen ermordet wurde die Täter waren zwei Bekannte der jungen Frau. Dorthin, wo Debbie Milke schon bald nach der Tat von der Polizei im Lokalfernsehen als Anstifterin vorgeführt wurde, die ein umfassendes Geständnis abgelegt habe. Dorthin, wo eine Jury sie schließlich der Anstiftung zum Mord für schuldig befunden hat und die 35-Jährige seitdem als einzige Frau im Todestrakt auf ihre Hinrichtung wartet. Fast das ganze vergangene Jahr ist ihre Mutter in Arizona gewesen, sie half der Verteidigung bei der Suche nach Indizien, die für die Unschuld ihrer Tochter sprechen. Debbie Milke versichert, sie sei auf

Grund eines Geständnisses verurteilt worden, das sie nie gegeben habe. Angefertigt habe es ein Polizist, dem der Aufsehen erregende Fall gerade recht gekommen war, um sich im Wahlkampf für das Amt des Sheriffs hervorzutun. Ein Geständnis, das sie nicht unterschrieben hat und von dem kein Tonband, kein Protokoll, nicht einmal Aufzeichnungen existieren. Er habe seine Notizen weggeworfen, sagte der Polizist damals vor Gericht, und der unerfahrene Pflichtverteidiger versäumte es, die fragwürdigen Methoden des Polizisten genauer zu durchleuchten. So erfuhr Renate Janka erst Jahre später, dass bei anderen Fällen mehrere seiner Zeugenvernehmungen vor Gericht für manipulativ befunden wurden und daher nicht anerkannt worden sind.

Seit etwa einem Jahr geht der Fall durch die deutsche Presse: Nach einer fundierten Darstellung im "Spiegel" liefen 23 Beiträge im deutschsprachigen Fernsehen, von den "Tagesthemen" bis "RTL Explosiv." "Hier soll eine Deutsche sterben", schrieb die "Neue Revue", obwohl Milke Amerikanerin ist. Die Berliner "BZ" forderte ihre Leser zum Briefeschreiben auf, und Hunderte taten es. In Berlin bildete sich unter dem Namen "Freiheit für Debbie Milke" ein Freundeskreis, der in Fußgängerzonen und beim amerikanischen Volksfest in Zehlendorf auf "die Hexenjagd" in Arizona aufmerksam machen will. Neulich inszenierte Angelika Wedekind an der

Gedächtniskirche eine "öffentliche Hinrichtung". Sie sei, sagt die Berliner Schauspielerin, nur deshalb Mitglied von Amnesty geworden, um sich gegen die Hinrichtung von Debbie Milke einzusetzen.

Doch Amnesty tut sich schwer. Dass Einzelne das Berliner Büro "bombardieren", wie Sibylle Groß sagt, empfindet sie als "Missbrauch von Amnesty." Sie könne einfach nicht zulassen, dass sich Amnesty nur um diesen "Star-Fall", diesen "Medien-Fall" kümmere. Sie meine das nicht zynisch, sagt sie, aber Debbie Milke gehe es doch vergleichsweise gut. Sie habe einen Anwalt, eine Familie und einen Freundeskreis, der sich um sie kümmere und Unterschriften von Prominenten für ein neues Gerichtsverfahren sammelt, während Hunderte völlig allein gelassen in ihren Todeszellen sitzen.

Doch Debbie Milke ist nur in Deutschland ein "Medien-Fall". In den USA dagegen ist sie so gut wie unbekannt geblieben: Außerhalb der Grenzen Arizonas wurde bislang keine einzige Zeile über diesen Fall gedruckt, kein einziges Fernsehbild gesendet. Das ist bedeutsam, weil auf Grund einer einseitigen Berichterstattung in Arizona die Schuld Debbie Milkes als erwiesen gilt. Über Zweifel und Ungereimtheiten hat die Lokalpresse nie berichtet. Als Milkes Hinrichtungstermin im Dezember 1997 auf Ende Januar 1998 festgelegt worden war,

erwähnte die führende Tageszeitung von Phoenix mit keinem Satz, unter welchen Umständen das angebliche Geständnis zustande gekommen war. Stattdessen wiederholte die "Arizona Republic" die bekannten Vorwürfe der Anklage: Milke sei eine Rabenmutter gewesen, und sie habe ihren Sohn kaltblütig ermorden lassen.

Erfolglose Strategie

Im Saal der Berliner Humboldt-Universität wird Renate Janka gefragt, warum es überhaupt so schwierig ist, ein Verfahren wieder aufzunehmen. "Ganz verstehe ich das auch nicht", sagt sie und spricht dann fünf Minuten lang über den Fall und die verschiedenen Instanzen. "Völlig idiotisch" sei es, sagt sie, dass das Berufungsgericht den Fall immer wieder an jene Richterin zurückgegeben habe, die das Urteil gefällt hat. "Welcher Richter korrigiert schon sein eigenes Urteil?" Auch Amnesty International alleine wird ein neues Verfahren nicht einfach erzwingen können. Der Respekt vor der weltweit größten, mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Menschenrechtsorganisation hält sich in den USA in Grenzen.

Doch sicher ist: Debbie Milke wird hingerichtet, falls den Fall in den USA niemand an die Öffentlichkeit bringt und Menschenrechtsorganisationen und Medien die

Verantwortlichen nicht dazu zwingen, ihr Urteil zu überdenken. So gut wie nie ist Amnesty International in den USA mit ihrer Strategie erfolgreich gewesen, erst dann mit Eil-Aktionen zu protestieren, wenn ein Hinrichtungstermin feststeht. Eine zum Tode Verurteilte, deren Schuld keineswegs bewiesen ist, ohne dass eine breite Öffentlichkeit etwas davon erfährt eigentlich ist das einer jener Fälle, nach denen Amnesty fieberhaft in ganz Amerika suchen sollte, würde die Organisation ihre eigenen Studien ernst nehmen. Immerhin war es Amnesty International selbst, die im Herbst 1998 in einem Bericht darauf hingewiesen hat, dass die Zahl der unschuldig Hingerichteten in den USA weit höher liegt als öffentlich angenommen.

Experten sind sich einig: Die Todesstrafe kann in den Vereinigten Staaten nur dann abgeschafft werden, wenn der Anteil ihrer Befürworter von jetzt über 70 Prozent auf unter 50 Prozent fällt. Umfragen zufolge bröckelt die Unterstützung nur an einem Punkt, und das ist die Frage, ob auch Unschuldige hingerichtet werden. Die Befürworter nehmen an, die Zahl der unschuldig zum Tode Verurteilten sei relativ gering.

Das heißt, Amnesty müsste dankbar sein für jeden umstrittenen Fall, dem die Menschenrechtsorganisation zu mehr Öffentlichkeit verhelfen kann. Umso merkwürdiger

erscheint es daher, dass Amnesty weder hier in Berlin noch vor Ort in den USA den Fall Milke tatsächlich unterstützt. Als im Januar 1998 die Frist eines Einspruchsverfahrens fast abgelaufen war, musste Debbie Milke ihre Hinrichtung probeweise durchlaufen. "Dry run", Trockenübung, nennen das die Gefängniswärter, wenn sie den Häftling probeweise auf die Liege schnallen und die Einstiche für die Giftspritze anzeichnen.

Damals hatte Renate Janka in Zürich bei Amnesty um Hilfe gebeten. "Die haben mir freundlich geschrieben, sie seien nicht zuständig und mich nach London, an den Hauptsitz von Amnesty, verwiesen. Also habe ich nach London geschrieben." Eine Antwort habe sie nie erhalten.

Im Februar ist sie dann nach San Francisco geflogen. Mehrmals wandte sie sich an die dortige Amnesty-Vertretung, aber "jedes Mal wurde mir gesagt, dass erstens das Büro in San Francisco nicht für Arizona zuständig sei und es zweitens in Arizona selbst leider kein Amnesty-Büro gebe". Daraufhin wandte sie sich "an alle möglichen Bürgerrechtsorganisationen" in den USA. Die Reaktionen fasst sie mit den Worten zusammen, sie habe "nie jemals eine Antwort von irgendjemand bekommen."